

**8. Mai:
Tag der
Befreiung**

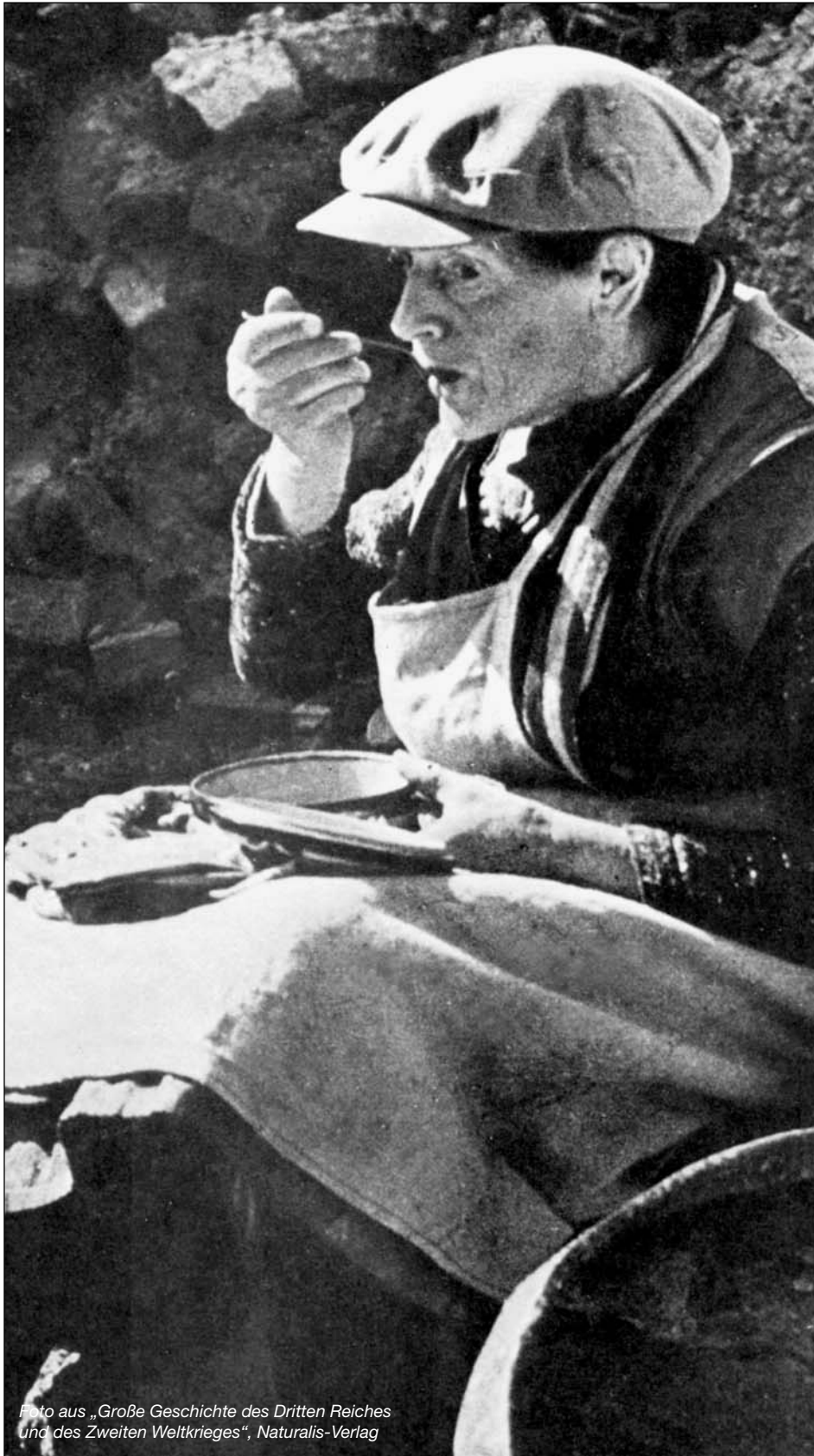


Photo aus „Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges“, Naturalis-Verlag

Das Ende. Der Anfang.

Von Dr. Peter-Rudolf Zoti

Sieht so Befreiung aus? Wie die Berliner Trümmerfrau auf unserem Foto inmitten ihrer zerstörten Stadt? Sie macht eine kurze Pause von ihrer Schwerstarbeit. Es ist nicht üppig, was sie zu sich nimmt – trotz erhöhter Lebensmittelrationen. Und sie sieht wenig heldisch aus, obwohl sie eine wahre Heldin der ersten Stunden ist.

Denn als wir – die heute ältere Generation – erwachsen wurden, hatten unsere Mütter und Großmütter die verschütteten Straßen leer geräumt, die Ruinen abgesichert und dem Wiederaufbau – der Häuser, des Alltagslebens, in den Köpfen – den Weg bereitet.

Gewiss hat diese Frau noch vor kurzer Zeit im Luftschutzkeller gegessen, den Kopf voll mit Ängsten vor dem nächsten Bombenangriff, vor der Zukunft, vor den Russen. Vielleicht auch mit Scham über die faschistischen Gräueltaten und das eigene Versagen. Und mit wenig Hoffnung auf eine neue Chance.

Binnen kurzem hatte sich jetzt ihr Leben grundlegend gewandelt. Leichter ist es nicht geworden, im gewissen Sinne sogar schwerer, aber der kleine Funken Hoffnung ist deutlich gewachsen. „Fort mit den Trümmern und was Neues aufgebaut“, sang sie vielleicht etwas später mit vielen. Und: „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!“ Das war endlich ein neuer Sinn nach all der Sinnlosigkeit. Und das war vielleicht das Wichtigste.

Denn der 8. Mai 1945 besiegelte das Ende der Barbarei, und er war der Anfang für die schwere Rückkehr eines ganzen Volkes in die Zivilisation. Er ist der Tag der Befreiung, für die unbekannte Trümmerfrau, für das deutsche Volk, für die Völker Europas, für die damaligen und die heutigen Generationen. Die Trümmerfrau hatte und hat uns viel zu sagen ...

In dieser Ausgabe

- Erinnerungen an den 8. Mai 1945 (Seiten 2 und 3)
- PDS probieren! (Seite 4)
- PDS-Vorstand in Klausur (Seite 5)
- Alles für den Frieden – Auszüge aus Reden von Gesine Löttsch im Bundestag (Seite 7)



Stefan Doernberg: Zeuge in Karlshorst

Aus: Stefan Doernberg: „Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters“, edition ost, Berlin 2004, Seiten 98–101, mit freundlicher Genehmigung des Verfassers

Am 8. Mai bat mich Major Popow, noch einmal mit ihm in die Masurenallee zu fahren. Ich sollte ihn unterstützen, falls seine Deutschkenntnisse nicht ausreichen würden. Details erfuhr ich von ihm nicht. Er sagte nur, dass er den Auftrag erhalten habe, ein intaktes Tonaufzeichnungsgerät ausfindig zu machen und dieses umgehend nach Berlin-Karlshorst zu bringen, wo sich der Stab der 5. Stoßarmee und des Stadtkommandanten befand.

Mit Hilfe des Nachrichtenzoffiziers fanden wir ein Gerät, das wir in unseren LKW wuchteten. Über die Heerstraße und die Ost-West-Achse kamen wir zügig bis zum Brandenburger Tor. Dahinter, Unter den Linden, waren die Trümmer kaum beseitigt. Noch schlimmer war es auf der Frankfurter Allee, die nach Osten, Richtung Karlshorst, führte. Es war kein Durchkommen. Zerschossene Panzer und Autos blockierten den Weg, der U-Bahn-Tunnel war an mehreren Stellen eingebrochen. Immer wieder mussten wir in Seitenstraßen ausweichen und Umwege fahren – die Zeit verrann.

Über Lichtenberg gelangten wir nach Friedrichsfelde, wo die Straßen geräumt waren, sie wirkten wie gefegt. Hinterm S-Bahnhof schwang sich ein hölzerner Triumphbogen über die Straße, an dem nicht nur das rote Banner der Sowjetunion, sondern auch die Fahnen Frankreichs, Großbritanniens und der USA flatterten. Wir nahmen das ohne Überraschung zur Kenntnis, wunderten uns aber doch, dass an den Straßenrändern Posten standen. Wir nutzten sie als Wegweiser. Das half uns, sich nach der ausgehändigten Karte zu orientieren und das gesuchte Gebäude zu finden.

Es war ein unbeschädigtes repräsentatives, zweistöckiges Haus mit Säulen an der Portalseite, wenn auch nicht sehr groß. Wir erfuhren, dass sich darin bis vor kurzem das Offizierskasino einer Pionierschule befunden habe. Auch hier wehten die Fahnen der Alliierten. Wir sahen Posten und aufgeregt hin und her eilende Offiziere. In das Haus wurden wir zunächst nicht gelassen.

Dann kam ein nicht mehr ganz junger Offizier, der die Installation des Geräts leitete. Von ihm erfuhren wir endlich, dass in diesem Haus die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht er-



Generalfeldmarschall Keitel, Generaloberst Stumpff und Generaladmiral von Friedeburg: „Wir, die hier Unterzeichneten, ..., erklären hiermit die bedingungslose Kapitulation aller am gegenwärtigen Zeitpunkt unter deutschem Befehl stehenden oder von Deutschland beherrschten Streitkräfte auf dem Lande, auf der See und in der Luft gleichzeitig gegenüber dem Obersten Vertreter der alliierten Expeditionstreitkräfte und dem Oberkommando der Roten Armee.“

folgen solle. Für mich war das damals mehr ein formaler Akt. Der Krieg war für mich schon seit einer Woche zu Ende.

Wir sollten uns in einem kleinen Nebenraum aufhalten, hieß es. Die Kabel wurden derweil in einen recht geräumigen Raum gezogen. Dort standen schon viele Stühle und mehrere Tische, auf denen Mikrofone aufgebaut werden sollten. Das erledigten Mechaniker des Frontstabs.

Die vibrierende Spannung, die alle erfasst zu haben schien, erreichte uns nicht. Wieder und wieder hieß es, der Beginn der Zeremonie verzögere sich, weil man noch auf General Eisenhower warte. Wie ich später hörte, war dem gar nicht so. Im französischen Reims hatte am Vortag Generaloberst Jodl eine Kapitulationsurkunde in Anwesenheit von Eisenhower unterzeichnet. Das stand nicht ganz im Einklang mit den schon getroffenen Vereinbarungen. Eisenhower war es wohl peinlich, bei der Wiederholung des Vorgangs anwesend zu sein, genauer gesagt: die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation durch den Chef des OKW zusammen mit Mar-

schall Shukow zu signieren. Der separate Akt in Reims hatte in Moskau einigen Ärger ausgelöst. Zudem hatte Stalin nachdrücklich gefordert, die Kapitulationsurkunde solle dort unterzeichnet werden, von wo die Aggression und Bedrohung der Weltzivilisation ausgegangen war: in Berlin. Washington und London stimmten zu, um jegliche Unstimmigkeit mit dem Verbündeten zu vermeiden, der, wie weltweit anerkannt, den größten und opferreichsten Beitrag zum Sieg geleistet hatte.

Shukow unterzeichnete als Stellvertreter des Obersten Befehlshabers der sowjetischen Streitkräfte, also Stalins. Eisenhower als Oberster Befehlshaber der Expeditionstreitkräfte der westlichen Alliierten konnte ohne Affront darum ebenfalls seine Stellvertreter nach Berlin entsenden. Möglicherweise aber deuteten sich schon erste Schatten auf den Beziehungen an, obwohl ich das – im Unterschied zu einigen, die keine Zeugen in Karlshorst waren – nicht so werte.

Punkt 24.00 Uhr nach Moskauer Zeit, die aber inzwischen auch in Berlin galt – nach →



Mitteeuropäischer Sommerzeit 23.00 Uhr – betraten die vier Delegationen der Alliierten, angeführt von Marschall Shukow, den Saal. Sie nahmen am Präsidiumstisch Platz, wo die Fahnen der Siegermächte hingen. Senkrecht dazu standen zwei lange Tische; hier saßen bereits sowjetische und alliierte Offiziere sowie wenige Presseleute.

Marschall Shukow eröffnete die Sitzung. Dann wurden die Deutschen, die den ganzen Tag in einem Nebengebäude gewartet hatten, hereingerufen. Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, hob theatralisch seinen Marschallstab, überreichte eine vom neuen Reichskanzler Großadmiral Dönitz ausgestellte Bevollmächtigung und nahm mit seiner Begleitung an dem kleinen abseits stehenden Tisch Platz.

Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff wurden aufgefordert, an die Schmalseite des Präsidiumstisches heranzutreten, um wortlos die historische Urkunde zu unterschreiben. Keitel wurde es nicht gestattet, eine vorbereitete Erklärung vorzutragen.

Die Prozedur der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde begann. Sie dauerte mit der Übersetzung eine geraume Weile.

Als erster leistete Marschall Georgi Shukow die Gegenzeichnung. Dann setzten der britische Luftmarschall Sir Arthur Tedder für die Alliierten Expeditionstreitkräfte in Europa sowie der französische General Jean de Lattre-Tassigny und der US-General Carl Spaatz ihre Unterschrift. Marschall Shukow beschloss den Akt mit den Worten: „Die deutsche Delegation kann gehen.“

Die auf Moskauer Zeit eingestellten Uhren zeigten 0.43 Uhr. Es war der 9. Mai 1945. „Die ganze Spannung, die sich im Raum gespeichert hat“, so erinnerte sich der sowjetische Schriftsteller und Kriegsberichterstatler Konstantin Simonow, „entlud sich plötzlich. Es war, als hätten alle lange Zeit die Luft angehalten und atmeten jetzt zu gleicher Zeit aus. Ein allgemeiner leichter Seufzer der Erleichterung. Die Kapitulation ist unterzeichnet. Der Krieg ist zu Ende!“

Während Marschall Shukow seine Gäste zu einem Festbankett bat, erleuchteten Raketen den nächtlichen Himmel über der Reichshauptstadt und krachten überall Gewehrsalven. Die Rotarmisten feierten den Sieg. Sie tanzten, sangen und tranken.

In Blitzmeldungen eilte die Botschaft aus Berlin-Karlshorst um den Erdball. ■

Am Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst: Der legendäre T34 bildete das Rückgrat der sowjetischen Panzertruppen.

Auch ich war neunzehn

Befreiung 1945 – Kämpfe in den Straßen von Karlshorst

Im April 1945 kam die Front nach Berlin. Tag und Nacht flogen Flugzeuge der Roten Armee in die Mitte der Stadt. Karlshorst blieb verschont, wie schon bei den massierten Luftangriffen der Alliierten zuvor. Die wenigen Bomben, die ins „Prinzenviertel“ fielen, waren Notabwürfe. Keiner kannte das Abkommen von Jalta mit der Einteilung der Stadt Berlin in vier Sektoren und der Wahl der späteren Kommandantur für Karlshorst.

Für die Bevölkerung gab es Luftschutzbunker. Meine Eltern lebten von einem Lebensmittelgeschäft in der damaligen Prinz-Adalbert-Straße, heute heißt sie Liepnitzstraße. Das Haus war nicht unterkellert, also zogen wir Nacht für Nacht in den Bunker am Hegemeisterweg, der heute noch so heißt. In den Teil unserer Stadt hatten sich Einheiten der Wehrmacht und der Waffen-SS zurückgezogen, eines Tages zogen sie ab nach Schöneweide. Hinter sich zerstörten sie alle Brücken über die Spree. Wir waren im Niemandsland. Nachrichten aus dem Radio erreichten uns nicht mehr. Aber das Telefon klingelte. Meine Freundin, die im Gregoroviusweg wohnte, informierte

uns, dass am Bahndamm russische Panzer aufgetaucht wären. Wir schlossen Türen und Fenster, ließen die Jalousien herunter und flüchteten in den Bunker.

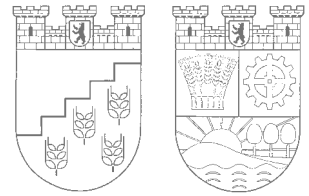
Es begann der Beschuss durch die deutsche Wehrmacht aus Oberschöneweide, die Rote Armee schoss zurück. Es gab Tote und Verwundete. Plötzlich waren wir vorderste Frontlinie, beschossen von den eigenen Leuten. Nach etwa einer Stunde wurde es still. Russische Soldaten kamen in unseren Bunker und riefen: „Gitler kaputt“. Sie waren in Eile.

Es war Nacht und alle verharrten weiter im Bunker. Angst und Ratlosigkeit. In den Morgenstunden des nächsten Tages gingen wir zögernd zu unseren Wohnungen. Das Haus stand noch, aber unser Eckladen hatte sich in ein Stabsquartier der Roten Armee verwandelt. Nachbarn nahmen uns auf. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht: „Alle jungen Frauen und Mädchen, kommt in die Kirche Gundelfingerstraße.“ Dort habe ich zwei Tage und Nächte verbracht. Kein Rotarmist betrat die Räume. Danach gab es für Karlshorst den Erschießungsbefehl für Soldaten, die Frauen vergewaltigen wollten. Wir kamen wieder zu unseren Familien. Der Krieg war für uns zu Ende, endgültig. Wir waren befreit von Angst und Not. Wir hatten überlebt. Ein Gedanke verband uns miteinander: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“

Margit Schaumäker-Brückner



Foto: Jörg Rückmann



Probiemitgliedschaft

Anlässlich des in Magdeburg stattfindenden Forums Parteireform erklärte PDS-Bundesgeschäftsführer Rolf Kutzmutz am 2. April:

Die PDS ist eine Mitgliederpartei und will dies auch in den kommenden Jahren trotz des hohen Altersdurchschnitts bleiben. Dabei stellen die politischen Erfahrungen der PDS-Mitglieder und ihre alltägliche Aktivität bei der Unterstützung vieler Menschen ein unschätzbare Pfund dar, mit dem die Partei auch in Zukunft wuchern wird. Die Basis wird viel zu oft auf ihr Alter reduziert und dabei vergessen, wie viel sie in den Jahren seit 1990 dafür geleistet hat, dass die PDS in die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland und Europa eingreifen konnte.

Um Mitgliederpartei zu bleiben, führt allerdings kein Weg daran vorbei, verstärkt um neue Mitglieder zu werben und auch Nicht-Mitgliedern mehr Möglichkeiten zu geben, in politischen Projekten der Partei zu arbeiten. Was mit den offenen Listen bei Wahlen gelingt, sollte auch in der alltäglichen Parteiarbeit funktionieren.

Unter dem Motto „Probieren statt resignieren!“ offeriert die PDS deshalb eine Probiemitgliedschaft. Dabei soll für eine verbindliche, zeitlich begrenzte Wegstrecke, etwa ein halbes Jahr oder die Dauer eines Projektes, eine Zusammenarbeit vereinbart werden, in der man die PDS näher kennen lernen kann. Ein fester Ansprechpartner soll dies unterstützen. Finanzielle Anforderungen durch einen Mitgliedsbeitrag entstehen nicht, Spenden bleiben natürlich willkommen. Es geht in erster Linie darum, Interessierten die Möglichkeit zu geben, zu überprüfen, ob und wie durch PDS-Politik Gesellschaft im Kleinen und Großen verändert werden kann. Die PDS wird gewohnte Formen der Parteiarbeit hinterfragen und neue Angebote unterbreiten müssen, um an Attraktivität für Menschen zuzulegen, die sich einmischen wollen. Ich bin mir sicher, dass uns dies mit der Parteireform gelingen wird.

Meisterliche EHC Eisbären

Die PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg gratulierte dem EHC Eisbären Berlin zum Gewinn der Deutschen Meisterschaft. „Sie haben ... allen Fans und den sportbegeisterten Menschen hier in Lichtenberg und in Berlin viele frohe Stunden beschert. Das Daumendrücken aller, es möge endlich klappen mit der Meisterschaft, ist durch Sie belohnt worden“, heißt es in dem von Dr. Bernd Ihme und Ingrid Schilde unterzeichneten Schreiben.

Aus meinem Notizbuch

Von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

■ 4. April

Wer heute wissen will, was im Kiez so läuft, hat einen festen Anlaufpunkt – die Stadtteilmanagerinnen. Mit zwei von ihnen habe ich mich unterhalten und dabei interessante Dinge erfahren. Mir ging es nicht darum, ihre Leistungsfähigkeit einzuschätzen. Ich wollte nur wissen, ob sich die Pro-Stadtteilmanager-Entscheidung von damals gelohnt hat. Bei allen offenen Fragen war sie meiner Meinung richtig. Wer es wissen will, kann sich selbst davon überzeugen. Es ist ein Projekt mit Zukunft.

■ 20. April

Mari Weiß, Kay Gärtner und die anderen aus dem Kinder- und Jugend-Parlament Lichtenberg halten nach langer Pause wieder eine Rede vor der BVV. Sie schildern den Verordneten ihre Absichten: Mit dem Finger auf die offenen Fragen der Bezirkspolitik weisen und zugleich mit den Bezirksverordneten Lösungen suchen. Ein guter Ansatz, finde ich. Wo aber ist denn der CDU-Nachwuchs geblieben, der im Oktober 2004 die Wahl im Handstreich gewonnen hatte? Ich erinnere mich, den etwas verstörten Unterlegenen damals gesagt zu haben: „Leute, die setzen auf Effekte wie ihre Bezirksgrößen und wollen nicht die Verantwortung und die Arbeit. Eure Zeit kommt! Nun denn, auf geht's, Freunde.“



Foto: Joachim Pampel

Roland Neumann, Julia Duckstein, Kay Gärtner und Mari Weiss sind vier Jugendliche, die sich aktiv für ihre Interessen einsetzen und dafür keine politische Arbeit scheuen.

Bürgerhaushalt

Seit der letzten Ausgabe von „info links“ wurde ich inzwischen in vier PDS-Basisorganisationen eingeladen, um über aktuelle Fragen des Bürgerhaushalts zu sprechen. Im Mittelpunkt stand das Beteiligungsverfahren als Herzstück des gesamten Projektes. Aber gerade hier sind derzeit einige Fragen noch nicht mit letzter Bestimmtheit zu beantworten, weil das Beteiligungsverfahren erst in diesem Monat in die BVV eingebracht wird.

Wie können wir uns in Haushaltsangelegenheiten überhaupt fit machen, um uns kompetent einzubringen? Wo und wann können wir uns informieren? Für diese Fra-

gen, die mir zuletzt bei „Undine“ in der Hagenstraße gestellt wurden, gibt es aber jetzt schon konkrete Antworten.

Zum einen wird es eine extra Internetseite mit vielen Informationen geben. Des weiteren plant das Bezirksamt Broschüren, Handzettel u. ä. mit Auskünften über das Verfahren. Das Beteiligungsverfahren soll im September mit einer zentralen Bürgerversammlung starten. Wer aber aus erster Hand wissen will, wie das dann konkret funktioniert, um sich selbst einzubringen, dem empfehle ich auch den Besuch der 41. Tagung der BVV am 25. Mai. Dort können wir auch persönlich ins Gespräch kommen.

Hendrikje Klein, Hauhaltspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion.

In Klausur

Die Vorbereitung der Wahlen 2006

Der neu gewählte Bezirksvorstand (BV) ging am 16. und 17. April in Klausur. In einem ersten Komplex ging es um die interne Kommunikation, um Öffentlichkeitsarbeit und Finanzen.

Unser Bezirksverband hat nach wie vor viele Mitglieder. Viele von ihnen arbeiten engagiert in Vereinen und Initiativen. Wir haben eine Jugendstruktur, die auch in der Lage ist, zu großen Veranstaltungen zu mobilisieren. So findet im Juni das Konzert „Rock für links“ bereits zum zehnten Mal (!) statt (18. Juni, ab 16 Uhr, Parkaue).

Die interne Kommunikation muss effektiver werden. Es gelingt noch zu wenig, um so unsere Potentiale in der Vorbereitung von Entscheidungen besser zu nutzen. Gemeinsam mit den Sprecherräten und Wahlkreisaktiven müssen wir die Beratungen des BV mit ihnen weiter qualifizieren: Vermitteln sie den Teilnehmern das Erforderliche, kommen die erhaltenen Informationen in den Basisorganisationen an? Zudem

müssen wir uns mehr auf Schwerpunkte konzentrieren. In diesem Jahr sind das die kommunalpolitische Bilanz, die Mitwirkung bei der Aufstellung des Bürgerhaushaltes und die Vorbereitung der Wahlen 2006.

Beachtliches wurde in Umsetzung unseres Wahlprogramms 2001 geleistet. Der BV beschloss das Grobkonzept einer Wahlbroschüre 2006 „Gemeinsam in Lichtenberg“. Arbeitsgruppen werden die Wahlbroschüre vorbereiten. Ab September organisiert das Bezirksamt Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen zur Erarbeitung, Erstellung und Beschlussfassung über einen Bürgerhaushalt in Lichtenberg. In Vorbereitung darauf laden BV und BVV-Fraktion interessierte Mitglieder und Sympathisanten zu einer öffentlichen Beratung am Dienstag, dem 10. Mai, 18 Uhr, in das Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103 ein. Ebenda findet am 14. Juni, 19 Uhr, eine Basiskonferenz der PDS Lichtenberg zu diesem Thema statt.

Am zweiten Klausurtag diskutierte der BV zur Studie von Rolf Reißig „PDS auf dem Prüfstand. Linksozialistische Politik in Regierungsverantwortung“. Was bedeu-

tet unter den konkreten Bedingungen in Berlin ein Kurs- und Politikwechsel? Was ist gelungen, was nicht?

Entscheidend wird in Vorbereitung auf den Wahlkampf die bessere Einbeziehung unserer Mitglieder in die Kompliziertheit der Regierungsverantwortung der PDS in Berlin sein. Denn die bevorstehenden Wahlen können wir nur als Gesamtpartei erfolgreich bestehen. BV und BVV-Fraktion werden ab Mitte des Jahres monatlich Veranstaltungen unter dem Motto: „Wissen, was läuft“ organisieren. Themen orientieren sich an aktuellen Ereignissen und Vorhaben, und PDS-Politiker von Bundestag bis BVV werden dabei Rede und Antwort stehen. Ab Mai gibt es dann monatlich einen Informationsstand am Ring-Center II (immer am 2. Sonnabend, 11–13 Uhr, der Mai-Termin ist erst am 21.5.). Ähnliches ist auch am Linden-Center geplant. *Wolfgang Schmidt*

Bitte beachten!

Am Freitag, dem 6. Mai, bleibt die PDS-Geschäftsstelle geschlossen.

Den „Sperling in der Hand“?

Dass es ein Streitgespräch werden würde, war zu erwarten. Am 4. April fand in der „Kiezspinne“ eine Diskussion zum Thema „Eine Verfassung für Europa – Chancen und Risiken des Verfassungsentwurfs“ statt. Eingeladen hatte Steffi Schulze, (mit PDS-Direktmandat im Berliner Abgeordnetenhaus) und Basisorganisationen ihrer Partei. Diese stellten auch die Mehrheit der ca. 35 Teilnehmer. Im Podium – Sylvia-Yvonne Kaufmann, am 13. Juni 2004 als PDS-Spitzenkandidatin in das Europaparlament gewählt, und Gesine Löttsch, MdB und Vorsitzende der Lichtenberger PDS.

Und es wurde ein Streitgespräch, denn die PDS hatte ihre Ablehnung des Verfassungsentwurfes schon im Wahlprogramm festgeschrieben und dies auf ihrem Potsdamer Parteitag im Oktober 2004 nochmals mit großer Mehrheit bekräftigt. Sylvia-Yvonne Kaufmann hatte zwar ebenfalls für das Wahlprogramm gestimmt, doch unmittelbar nach ihrer Nominierung diese Position verlassen. Inzwischen ist sie die eifrigste PDS-Befürworterin des Verfassungsentwurfes. Auch am 4. April vertrat sie den Standpunkt, eine Ablehnung des Entwurfes sei gleichsam die Vertagung der europäischen Einheit auf lange Sicht. Einwände ihrer Podiumspartnerinnen und nahezu aller Diskutanten aus dem Publikum ließ sie nicht gelten. Wer behauptete, der Entwurf

mache Militarisierung und neoliberale Wirtschaftspolitik zum Verfassungsgebot, meint sie, habe ihn nicht gelesen.

Ihre eigene Argumentation bestand im wesentlichen aus einem wortreichen, mit Folien unterlegten Plädoyer für den Buchstaben des Entwurfes. Dabei bestritt sie nicht einmal, dass die Verfassungswirklichkeit sich auch ganz anders entwickeln könnte, da die EU-Politik ja letztlich von den Regierungen der Mitgliedsstaaten bestimmt werde. Dennoch sei es besser – so ihre Schlussbemerkung – man habe diesen „Sperling in der Hand, als eine Taube auf dem Dach“.

Prominente Unterstützung erfuhr sie von Außenstehenden. Der eigens zu dieser Diskussion eingeladenen Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Dr. Eckart D. Straenschulte, warf den Opponenten unter deren lebhaftem Protest unfairen Umgang mit Frau Kaufmann vor. Die PDS müsse eigentlich stolz auf sie sein, erklärte er.

Für die Leser unserer Bezirkszeitung hat dieser innerparteiliche Dissens noch eine besondere Note. Es ist noch kein Jahr her, da überschrieb Sylvia-Yvonne Kaufmann einen speziell für die Ausgabe 5/2004 von „info links“ verfassten Artikel „Friedenspolitik statt Rüstungswahn“. Darin finden sich all die Argumente gegen die EU-Militarisierungspolitik, mit denen die PDS wie auch die Europäische Linke ihre Ablehnung des Verfassungsentwurfes begründet. Wörtlich

heißt es unter anderem: „Schließlich verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs bereits im Dezember 2003 die erste ‚Sicherheitsdoktrin‘ der Europäischen Union. Darin erklärt die EU ihre Bereitschaft ‚zur frühen, schnellen und – falls nötig – robusten Intervention‘. Sie schließt trotz aller Verweise auf die UNO-Charta eine Selbstermächtigung, das heißt ein militärisches Eingreifen auch ohne UN-Mandat, offenbar nicht mehr aus.“ *R. L.*

Wer war Dr. Victor Aronstein?

Seit Dezember 1979 trägt unsere Einrichtung des Paritätischen Seniorenwohnens in Hohenschönhausen den Namen des jüdischen Arztes, der einige Jahre in der Werneuchener Straße wirkte. Dr. Victor Aronstein wurde im Januar 1945 im KZ Auschwitz ermordet.

Die Mitarbeiter und Bewohner unseres Hauses bereiten eine Ausstellung und einen Informationsabend im November 2005 vor. Können Sie mit Informationen, Fotos oder anderen Materialien helfen?

Bitte wenden Sie sich an Frau Vorpahl, Paritätisches Seniorenwohnen „Dr. Victor Aronstein“, Telefon: 986 4964 oder vorpahl@pswohnen.de

Positionen

Steffi Schulze

Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II sollen in Berlin in der Regel nicht umziehen müssen. Die PDS unterstützt das Konzept von Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS), bei der durch Hartz IV geforderten Neuregelung über die Angemessenheit von Wohnraum die Miethöhe zugrunde zu legen. Erstens soll die schlimme Lage von Hartz-IV-Betroffenen nicht noch mehr verschlechtert werden. Zweitens ist eine Festlegung des Wohnraumes nach Quadratmetern nicht sinnvoll, weil es in Berlin zahlreiche größere Wohnungen gibt, die auch einschließlich der Betriebskosten preiswerter sind als viele flächenmäßig kleinere Wohnungen. Drittens müssen spezielle Regelungen für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, für Familien und Alleinerziehende zur Verhinderung besonderer sozialer Härten getroffen und die sozialräumliche Verankerung, zum Beispiel die Nähe zur Schule, berücksichtigt werden. Heidi Knake-Werner braucht die Unterstützung von uns allen – auch in der Auseinandersetzung mit dem Finanzsenator.

Giyas Sayan

Die gezielte Deportation und Ermordung der Armenier im Ersten Weltkrieg war blutiger Höhepunkt eines Vertreibungs- und Vernichtungsprogramms der allein regierenden nationalistischen jungtürkischen Partei. Ihm fielen 1,5 Millionen Armenier zum Opfer. Die türkische Regierung ist gut beraten, sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen. Die von CDU/CSU im Deutschen Bundestag angestoßene Debatte ist aber insofern scheinheilig, als sie eine deutsche Verantwortung fast vollständig ausblendet. Der Völkermord hat mit deutscher Billigung und unter dem Schutz des Bündnisses mit dem Deutschen Reich stattgefunden. Deshalb ist es wichtig, dass in Berlin und auch im Abgeordnetenhaus der Ereignisse und der Opfer gedacht wird.

Richtigstellungen

■ In der öffentlichen Debatte um das geplante neue Unterrichtsfach zur Werteerziehung (→siehe auch beiliegende Landes-Info) kommt eines zu kurz: Wir wollen, dass Werte auf der Basis von Kenntnissen und nicht auf der Basis von weltanschaulichen Einseitigkeiten vermittelt werden. Wir wollen Kenntnisse darüber, wie bestimmte Grundfragen (Krieg und Frieden, Hass und Liebe, Mann und Frau usw.) in den verschiedenen Religionen und geistesgeschichtlichen Bewegungen behandelt wer-



Foto: Linda Bahro

den. Daraus werden Einsichten entstehen, dass sehr viele Gemeinsamkeiten bestehen, was gegenseitige Achtung und Integration fördert. Aber auch die Unterschiede werden in ihren Zusammenhängen so klar definiert- und relativierbar. Damit wird ein Weg eröffnet, mit konkreten Kenntnissen gegen Fremdenhass, aber auch gegen einseitig weltanschaulich-abgrenzende Wertevermittlung vorgehen zu können.

■ Mit der geplanten Regelung, ab Januar 2006 den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses eine zweckgebundene Kostenpauschale in Höhe von 400€ für persönliche Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen, wird keine einzige Stelle der Fraktionsmitarbei-

30 Schülerinnen waren zum Girls-Day am 28. April in der PDS-Abgeordnetenhausfraktion, nahmen an Gesprächen und Besichtigungen teil. Zehn von ihnen gewannen beim Fraktionsquiz eine Ballonfahrt.

ter aufgehoben. Es ist ausschließlich ein Zusatzangebot, um z.B. aufwändige Recherchen und Projektarbeiten, aber auch die Wahlkreisarbeit mit einigen Stunden im Monat zu unterstützen. Damit soll den Erschwernissen eines Halbtagsparlaments Rechnung getragen werden. Selbstverständlich können mehrere Abgeordnete diese Kostenpauschale zusammenlegen, um eine Vollzeitstelle zu schaffen. (-/!)

Ladet uns ein!

Gern kommen wir zu aktuellen Fragen der Gesellschaftspolitik sowie der PDS in Basisorganisationen, Vereine und Initiativen. Einfach anrufen!

So sind wir zu erreichen:

- K. Hopfmann: 23252596 (Abgeordnetenhauses – AGH)
- G. Löttsch, MdB: 2277 1787 (Bundestag), 9927 0725 (Wahlkreisbüro)
- St. Schulze: 23252580 (AGH)
- I. Simon: 23252587 (AGH) oder 784 87 83 (privat)
- G. Sayan: 23252597 (AGH)
- P. Zotl: 23252553 (AGH), 9240 8766 (privat) oder 0151-15602356 (Handy)

Unsere Sprechstunden

- **K. Hopfmann:** 30.5., 16 Uhr, Bürgerinitiative, Liebenwalder Straße 18
- **G. Löttsch, MdB:** 10.5., 17 Uhr, Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Str. 5
- **St. Schulze:** 9.5., 17 Uhr, Rathaus Lichtenberg
- **I. Simon:** 25.5., 17 Uhr, Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5
- **G. Sayan:** 6.6., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin B. Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, Abgeordnetenhauses
- **P. Zotl:** 9.5., Abgeordnetenhauses, sowie 25.5., Nachbarschaftshaus Am Berl 8–10, jeweils 17 Uhr

Alles für den Frieden

Aus zwei Bundestagsreden
von Gesine Lötzsch

Blauhelme im Sudan

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Abgeordnete der PDS.

Die UNO hat die Bundesregierung gebeten, sich an der UN-Mission im Sudan durch die Entsendung von Stabspersonal und Militärbeobachtern zu beteiligen. Die Bundesregierung will nach Kapitel VI der UN-Charta bis zu 75 deutsche Soldaten im Rahmen der Mission UNMIS als Beobachter in den Sudan entsenden. Kernaufgabe von UNMIS ist es, für zunächst sechs Monate die Implementierung der Friedensvereinbarung von Nairobi zu überwachen und das Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kämpfer sowie UN-Programme in dieser Region zu unterstützen.

Wir als PDS haben uns schon im Jahre 2000 auf unserem Parteitag in Münster dafür ausgesprochen, friedliche Missionen der UNO nach Kapitel VI zu unterstützen.

Wir haben uns immer gegen UN-mandatierte Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ausgesprochen. Die Menschen im Sudan sehnen sich nach Frieden und wünschen sich nichts dringlicher als das Ende des Mordens, Plünderns und Vergewaltigens. Die PDS teilt diesen Wunsch. Allerdings sehen wir auch, dass es ganz klare wirtschaftliche Interessen einiger Länder und Unternehmen gibt, die den Frieden nur als Zwischenstation sehen, um dann – um einmal ein Wort von Herrn Müntefering zu gebrauchen – wie „Heuschrecken“ über das Land herzufallen.

Doch die Bundesregierung macht eine Zustimmung zu dem Mandat für uns unmöglich. Die Bundesregierung ist in ihrer Beschreibung der Aufgaben der Soldaten zu ungenau. Die Bundesregierung macht es uns unmöglich, diese Mission zu kontrollieren. Die Regierung erklärt zum Bei-

spiel, dass sie, wenn Soldaten außerhalb des Schwerpunktgebietes des UNMIS-Einsatzes tätig werden sollen, vorab die Obleute des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses unterrichten will.

Das klingt nach Geheimniskrämerei. Die PDS wäre nach diesem Verfahren von jeder Kontrolle ausgeschlossen. Das können wir nicht akzeptieren. Die PDS wird sich aus den genannten Gründen der Stimme enthalten.

MEADS

Ebenso wie die FDP lehnen wir die deutsche Beteiligung an dem völlig überflüssigen Rüstungsprojekt MEADS ab. Der Kalte Krieg ist schon seit 15 Jahren beendet. Bundeswehr, US-Armee und etliche in diesem Haus scheinen das aber nicht wahrhaben zu wollen. Während bei sozial-politischen Diskussionen ständig erklärt wird, dass die Staatskasse leer sei, soll hier ein Projekt beschlossen werden, dessen finanzielle Auswirkungen noch völlig unübersehbar sind.

Hier bin ich bei einem Punkt, den ich der SPD besonders übel nehme. In der Diskussion im Haushaltsausschuss insistierte der Staatssekretär von der SPD, dass hier nur etwas fortgesetzt werde, was schon die CDU/CSU-FDP-Koalition begonnen habe. Haben Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, denn die Regierung Kohl abgelöst, um deren Politik fortzusetzen? Den Wählern haben Sie etwas anderes gesagt. Gestern haben wir über neue Maßnahmen

für die Verkehrsinfrastruktur beraten. Ich habe Ihnen vorgerechnet, dass Minister Stolpe mit 2 Milliarden Euro 60 000 Arbeitsplätze sichern will. Das sind pro Arbeitsplatz rund 30 000 Euro. Das ist ein gutes Verhältnis. Bei dem neuen Luftabwehrsystem MEADS sollen mit 2,85 Milliarden Euro lediglich 450 Arbeitsplätze gesichert werden. Das heißt, für einen Arbeitsplatz werden rund 7 Millionen Euro gebraucht. Das bezieht sich natürlich auf die Gesamtdauer der Maßnahme. Das ist, wie ich finde, ein krasses Missverhältnis.

Außerdem sollen – das wissen Sie alle – die Verträge nach amerikanischem Recht geschlossen werden. Die US-amerikanischen Partner wollen sich nicht in die technologischen Karten schauen lassen. Auch technologiepolitisch wird Deutschland nicht davon profitieren. Sollte es uns nicht zu denken geben, dass Frankreich schon vor einiger Zeit aus diesem Projekt ausgestiegen ist?

Abschließend noch ein Wort zu den Grünen: Sie haben im Ausschuss erklärt, dass Sie dem Luftabwehrsystem MEADS nicht aus fachpolitischen, sondern aus koalitionspolitischen Gründen zustimmen werden. Was ist von Ihren friedenspolitischen Zielen, die Sie so gerne vor sich hertragen, übrig geblieben? Hätten Sie Ihre Seele zumindest an dieser Stelle nicht ein bisschen teurer verkaufen sollen?

Wir als PDS im Bundestag stimmen dem Antrag der FDP zu und hoffen, dass es noch gelingen wird, dieses teure und verantwortungslose Projekt zu stoppen.

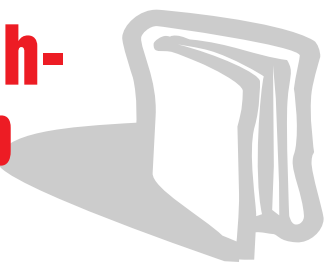
Die Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Lötzsch (PDS) hat anlässlich des Kinder-tages zu einem Wettbewerb für Grund-schüler eingeladen. Schulklassen können ein Poster zum Thema „Was ist Glück?“ gestalten. Zwei Sieger-Klassen werden in den Bundestag eingeladen und diskutieren mit Gesine Lötzsch bei einem Kinderfrühstück über Glück und Politik. Ein Besuch im Anne-Frank-Museum ist auch vorgesehen.



Foto: Klaus Singer



Buch-Tipp



Die Reformlüge

Unser Land taumelt von einer Reform zur nächsten – und die Lage wird immer schlechter. Die Schulden wachsen, obwohl gespart wird. Die Zahl der Arbeitslosen steigt, trotz Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Die Wirtschaft lahmt bei immer neuen Steuergeschenken. Da muss doch was falsch sein im Staate Deutschland. Oder – stimmt es gar nicht, dass wir nicht mehr wettbewerbsfähig sind? Leben wir wirklich über unsere Verhältnisse? Müssen wir tatsächlich länger arbeiten, damit es der Wirtschaft besser geht? Oder sind es vielleicht die falschen Maßnahmen, mit denen das Land in die

Krise geredet und gebracht wird? Der Autor und Nationalökonom Albrecht Müller beschreibt, mit welchen falschen Argumenten der Bürger und Wähler verdrummt wird. Er hat die 40 verbreitetsten Behauptungen über den Zustand unseres Landes auf ihren Wahrheitsgehalt hin untersucht. Das Ergebnis: Es stimmt vorne und hinten nicht – Lügen über Lügen. Der Zweck heiligt die Mittel. Wirtschaft und Politik wollen uns einreden, wir müssten bewährte soziale Strukturen opfern. Doch damit gewinnen wir keine neuen Arbeitsplätze und verlieren viel, denn den Aufschwung bringen die Reformen nicht. Kenntnis- und faktenreich deckt Müller Hintergründe des Reformwahns auf. Er zeigt, was getan werden muss, um endlich die Konjunktur anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Ich finde, für aktuelle politische Auseinandersetzungen ist dieses Buch ein Muss.

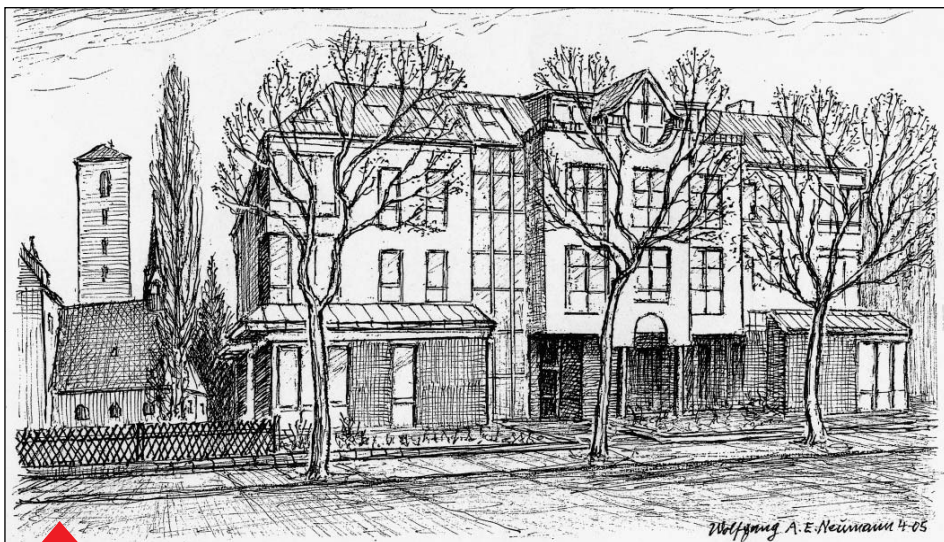
Inge Uesseler

- Albrecht Müller: „Die Reformlüge“, Droemer Verlag 2004, 416 Seiten, 19,90 €, ISBN 3-426-27344-6

Veranstaltungen

- **Freitag, 6.5., 19 Uhr**
Rundtischgespräch mit Genossen der KPÖ, Gesine Löttsch, Dagmar Enkelmann, Christina Emmrich und Steffi Schulze; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonnabend, 7.5., 14 Uhr**
Kranzniederlegung, **15–21 Uhr**: Internationales Volksfest; Deutsch-Russisches Museum, Karlshorst
- **Sonntag, 8.5.**
Kranzniederlegungen:
9 Uhr: Stele des Zwangsarbeiterlagers Wuhlheide; **9 Uhr**: Erlöserkirche Nöldnerstraße; **10 Uhr**: Gedenkstätte Küstriner Straße, anschließend St. Hedwigs-Friedhof, Konrad-Wolf-Straße; **ab 10 Uhr**: Autokorso zum Tag der Befreiung, Treffpunkt: Parkplatz Märkische Allee (Rote Fahne)
- **Montag, 9.5., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Dienstag, 10.5., 18 Uhr**
Beratung des BV mit den Aktivisten Bürgerhaushalt; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Dienstag, 10.5., 19 Uhr**
„Nein zu dieser EU-Verfassung!“ Podiumsgespräche mit Sahra Wagenknecht und Tobias Pflüger; Jugendfreizeitschiff, S-Bahnhof Ostkreuz
- **Dienstag, 17.5., 19 Uhr***
Beratung mit den Sprecherratsvorsitzenden und Leiterinnen der Wahlkreisaktive (Terminänderung möglich!)
- **Mittwoch, 18.5., 19 Uhr****
„Geboren am 13. August“, Buchlesung mit Jens Byski, Gesine Löttsch
- **Sonnabend/Sonntag, 21./22.5**
110 Jahre – Karlshorst feiert; Treskowallee
- **Sonntag, 22.5., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Gefährdet die Globalisierung die Sozialsysteme?“, mit Prof. Gerd Friedrich
- **Dienstag, 24.5., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 25.5., 17 Uhr**
Tagung der BVV, **ab 16.30 Uhr** Bürgerfragestunde; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Mittwoch, 25.5., 18.30 Uhr****
Beratung mit den Wahlkreisaktiven
- **Dienstag, 14.6., 19 Uhr**
Basiskonferenz der PDS Lichtenberg zum Bürgerhaushalt; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14
** Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5



Das Sozio-Kulturelle Zentrum „INVIA“ in Karlshorst

Zeichnung: W. A. E. Neumann

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 28.4.2005

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 5/2005:
11.5. und 25.5.2005, jeweils 14 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 5/05: 24.5.2005
Die nächste Ausgabe erscheint am 2.6.2005.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.